

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

25.09.2015

Europa auf Bewährungsprobe

Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht in der Flüchtlingskrise Europa auf die Probe gestellt. „Ich möchte, dass Europa diese gesellschaftliche, ökonomische, kulturelle und moralische Bewährungsprobe besteht“, sagte Merkel an diesem Donnerstag, in ihrer Regierungserklärung zum informellen EU-Gipfel am Vortag. Die am Mittwoch bei einem informellen Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs beschlossene Umverteilung von Flüchtlingen könne nur ein Anfang sein. Es müsse ein „dauerhaftes Verfahren“ für eine faire Verteilung der Flüchtlinge gefunden werden, sagte Merkel. Die europaweite Lastenteilung könne zudem auf Dauer nur funktionieren, wenn es auch konsequente Kontrollen an den EU-Außengrenzen gebe, in Italien und Griechenland und gegebenenfalls auch in Bulgarien.

Mit Blick auf das Treffen mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer, das ebenfalls an diesem Donnerstag (24. September) stattfand, sagte Merkel, dass es nicht nur um finanzielle Fragen bei der Unterstützung von Ländern und Kommunen etwa bei der Unterbringung von Flüchtlingen gehe, sondern langfristig auch um die Eingliederung in Deutschland. Flüchtlinge müssten die Bereitschaft mitbringen, Regeln und Werte zu respektieren, die das Grundgesetz vorgibt, und die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu lernen. Asylverfahren müssten deutlich beschleunigt und die „notwendige Rückführung“ nicht Asylberechtigter konsequent durchgeführt werden. Merkel stellte zudem einen Zusammenhang zwischen der Flüchtlingskrise und den globalen sozialen und ökologischen Herausforderungen her, der sich die Weltgemeinschaft an diesem Wochenende beim UN-Gipfel in New York mit der Verabschiedung neuer nachhaltiger Entwicklungsziele bis 2030 stellen will. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks seien derzeit 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, sagte Merkel. Noch immer lebten 1,3 Milliarden Menschen in extremer Armut, 800 Millionen Menschen litten Hunger.

„Die Agenda 2030 kann deshalb auch als globaler Plan für die Verringerung von Fluchtursachen verstanden werden.“ Die Bundesregierung werde bereits 2016 ein umfassendes Programm vorlegen, wie Deutschland diese Ziele umsetzen will. Unionsfraktionschef Volker Kauder nannte die Flüchtlingskrise die „wahrscheinlich größte Herausforderung im Nachkriegsdeutschland“. Dabei müsse es darum gehen, jenen, die hierbleiben könnten, eine Perspektive zu geben, aber auch jenen, die zum Beispiel nicht asylberechtigt sind und aus einem als sicher eingestuften Herkunftsland kommen, zu sagen, „dass sie in unserem Land keine Zukunft haben“. Es helfe überdies nicht, Unsicherheiten in der Bevölkerung auch noch zu bestätigen, die Antwort müsse sein, dass Bund, Länder und Kommunen die Kraft hätten, diese Aufgabe zu stemmen. Kauder nannte zudem den EU-Kompromiss zur fairen Verteilung von 120.000 Flüchtlingen einen richtigen Schritt: „Aber für die Größe der Aufgabe ist das nicht groß genug. Ich möchte, dass die Menschen nicht den Eindruck haben, dass Europa in kleinen Dingen groß, aber in großen Dingen klein ist“, sagte er. „Das kann nicht die Botschaft sein.“

Besonders dringlich sei es, so Bundesentwicklungsminister Gerd Müller, den Flüchtlingen in den Nachbarstaaten der Bürgerkriegsländer Syrien und Irak zu helfen. Die Bundesregierung habe hierzu die Mittel stark aufgestockt und sei bereits seit längerem mit zahlreichen Programmen aktiv. Es sei aber auch notwendig, diese Aufgabe durch die internationale Gemeinschaft anzugehen, denn Deutschland alleine könne dies nicht bewältigen. Gerade die unmittelbaren Nachbarländer Libanon, Jordanien und Türkei würden bereits sehr viele Flüchtlinge beherbergen. Darüber hinaus müsse jedoch auch die wirtschaftliche und soziale Situation in vielen afrikanischen Ländern deutlich verbessert werden. Auch hierfür müsse ein gesamteuropäischer Ansatz gefunden werden.

Mehr Flexibilität für Bausparkassen

Noch in diesem Jahr können Bausparkassen ihr Geschäftsfeld erweitern und ihre Angebote und Tarife flexibler gestalten. Das Bundeskabinett hat hierzu einen Gesetzesentwurf beschlossen. Das neu gefasste Bausparkassengesetz lässt die Belange der Sparerinnen nicht außer Acht. Die Bundesregierung will es den Bausparkassen ermöglichen, sich flexibler den geänderten Rahmenbedingungen im Kreditwesen anzupassen. Dabei werden die Belange der Sparerinnen jedoch nicht außer Acht gelassen. Deshalb hat die Bundesregierung das Bausparkassenänderungsgesetz beschlossen. Das lang anhaltende Niedrigzinsniveau auf dem Kapitalmarkt betrifft Bausparkassen wegen ihrer langen Zinsbindung in besonderer Weise. Durch das beschlossene Maßnahmenpaket sollen Bausparkassen flexibler auf die Auswirkungen eines anhaltenden Niedrigzinsumfeldes reagieren können. Das Gesetz ermöglicht Bausparkassen, ihr Geschäftsfeld zukünftig behutsam zu erweitern. Günstigere Refinanzierungsmöglichkeiten sollen die Ertragslage der Bausparkassen stärken. Durch begleitende, risikobegrenzende Maßnahmen werden die Belange der Bausparer gewahrt. Steuerung und Kontrolle der Risiken des Bauspargeschäftes sollen die Bausparkassen weiterhin selbst durchführen. Das Gesetz verhindert, dass andere Einheiten des Konzerns, in die Bausparkassen oft eingebunden sind, das Risikomanagement übernehmen. Bei Bausparkassen handelt es sich um spezielle Kreditinstitute, die aufgrund der beispielsweise im deutschen Bausparkassengesetz geregelten Geschäftskreisbeschränkung im Wesentlichen nur die Wohnbaufinanzierung über Bausparverträge betreiben. Durch das Bausparkassengesetz ist die Geschäftstätigkeit von Bausparkassen reguliert. Es wurde letztmals 1990 neu gefasst. Die Gesetzesänderung soll die Reaktionsmöglichkeiten von Bausparkassen auf die veränderten Rahmenbedingungen erweitern.

Mittelstand trägt berufliche Ausbildung

Die berufliche Ausbildung verlagert sich nach einer Untersuchung der staatseigenen KfW immer stärker in mittelständische Unternehmen, meldet dpa. Während die Zahl der Auszubildenden insgesamt seit geraumer Zeit sinke, hätten die kleinen und mittleren Firmen die Zahl der Nachwuchskräfte in den vergangenen fünf Jahren bei etwa 1,2 Millionen konstant gehalten, teilte die KfW anlässlich des Beginns des neuen Ausbildungsjahres am 1. September mit. Damit absolvierten zuletzt 85 Prozent der Azubis ihre Berufsausbildung in einem mittelständischen Betrieb - ein Rekordwert. Für die Firmen sei die Ausbildung das zentrale Instrument zur Fachkräftesicherung.

Bildung für hauptamtliche Flüchtlingshelfer

Ein neuer Studiengang an einer Fachhochschule in Ostwestfalen-Lippe soll Sozialarbeiter und Angestellte der Verwaltung im Umgang mit Flüchtlingen schulen. Die Teilnehmer werden z.B. in den Gebieten Recht, Bildung und im Umgang mit traumatisierten Menschen weitergebildet, teilte der Kreis Lippe am Dienstag mit. Das Angebot startet im Januar 2016 und richtet sich an Kommunen in ganz Deutschland, die ihre Mitarbeiter fortbilden lassen möchten. Die private Fachhochschule des Mittelstands in Bielefeld organisiert den Studiengang in Kooperation mit dem Kreis Lippe.

IT-Sicherheit in Unternehmen

Mit einer Aufklärungskampagne will der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mittelständische Unternehmen für IT-Sicherheit sensibilisieren, meldet die Nachrichtenagentur dpa. Bundesweit sollen dafür bis Oktober 2016 Workshops in regionalen Industrie- und Handelskammern angeboten werden. Mehrere tausend Entscheider aus dem Mittelstand sollen damit direkt „IT-Sicherheit @ Mittelstand“ angesprochen werden, um das Thema Sicherheit stärker in ihren Unternehmen zu verankern, teilte der DIHK am Freitag mit. Die Seminare sollen praxisrelevante Themen verständlich aufbereiten. Die Kampagne führt der DIHK gemeinsam mit dem Verein Deutschland sicher im Netz (DsiN) durch.

Mehr Kredite für Investitionen aufgenommen

Die deutschen Mittelständler investieren, nach Meldung von dpa, wieder mehr. Das legen Zahlen der Sparkassen nahe, die im ersten Halbjahr deutlich mehr Investitionskredite vergaben. Mit 27,4 Milliarden Euro lag das Volumen 15,2 Prozent über dem des ersten Halbjahres 2014, wie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband am Donnerstag in Berlin mitteilte. Auch die Einlagen der Unternehmen seien gesunken, was auf weitere Investitionen schließen lasse. «Die Unternehmen sind offenbar wieder optimistischer», hieß es. Der Trend müsse aber weiter Fahrt gewinnen, um mit dem Geld Anlagen nicht nur zu erhalten, sondern auch zu erweitern. Stark gewachsen sind auch die privaten Immobilienkredite. Hier sagten die 415 Sparkassen den Kunden von Januar bis Juni die Rekordsumme von 26,4 Milliarden Euro zu, gut ein Drittel mehr als im Vorjahreszeitraum.

Zitat

„Angesichts einer großen Herausforderung darf es doch jetzt nicht passieren, dass Europa sagt: Wir werden mit der Sache nicht fertig. Das wäre ganz falsch. Deshalb sagte ich immer wieder: Wir schaffen das.“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch in Brüssel unmittelbar vor dem Sondergipfel zur Flüchtlingskrise.)